Dortmunder Zeitung

verbunden mit dem

Dortmunder Anzeiger.

Erscheint täglich.
Vierteljährlicher Abonnements-Preis
2 ℳ 25 ₰.

Anzeigen-Annahme:
Rudolf Mosse: Köln, Berlin, Breslau, Chemnitz, Hamburg, Magdeburg, München, Nürnberg, Straßburg i. E., Stuttgart, Zürich ꝛc. Haasenstein & Vogler: Köln, Berlin, Basel, Bremen, Danzig, Erfurt, Genf, Hannover, Lübeck, Mannheim, Metz, Wien ꝛc. G. L. Daube & Co.: Frankfurt am Main, Berlin, Amsterdam, Paris ꝛc. Invalidendank: Berlin, Dresden, Leipzig. Th. Dietrich & Co.: Cassel, Frankfurt a. M.

Sonntags-Beilage: „Für Haus und Hof", Blätter für Land-, Garten- und Hauswirtschaft.

Insertions-Gebühren
die einspaltige Petitzeile oder deren Raum
20 ₰.

Anzeigen-Annahme:
Adolf Steiner: Hamburg. A. Rolef: Münster. C. Marowsky: Minden. Carl Schüssler: Hannover. E. Schlotte: Bremen. W. Thienes: Elberfeld. C. Thisson: Barmen. Bernh. Arndt: Berlin. Julius Barck & Co.: Halle a. Saale. D. Frenz: Mainz. Leo Frank: Köln. Joh. Nootbaar: Hamburg. Rotten & Co.: Wien. G. D. Baedeker: Essen. G. Butz: Hagen. R. Wichelhofen: Iserlohn. Witten: C. L. Krüger.

№ 89. Donnerstag, den 31. März 1881. 54. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 30. März.

Präsident von Goßler eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Staatssekretäre v. Bötticher, Scholz, Dr. Stephan, königlich baierischer Gesandter Graf von Lerchenfeld, königlich preußischer provisorischer Minister des Innern von Puttkamer, Kommissar Landrat Magdeburg, hamburgischer Bundesbevollmächtigter Senator Dr. Versmann.

Eingegangen ist die Vorlage, betreffend die Oeffentlichkeit und die Geschäftssprache der Verhandlungen des Landesausschusses in Elsaß-Lothringen. Eine Reihe von Petitionen, welche verschiedene Kommissionen als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet befunden haben, werden für erledigt erklärt.

Die Petitionskommission beantragt durch ihren Referenten, den Abgeordneten Härle, die Petitionen des Direktoriums des Vereins nassauischer Land- und Forstwirte in Wiesbaden, „mit allen geeigneten Mitteln dahin wirken zu wollen, daß auf die Einfuhr ausländischer Trauben ein verhältnismäßiger Zoll gelegt werde, wie auf die Einfuhr ausländischer Weine", und der Vorstände der Winzervereine an der Ahr (11 Vereine) versammelt in Ahrweiler, „daß die Massensendungen ausländischer Trauben beim Eingange in Deutschland mit einem angemessenen hohen Zoll belegt werden", dem Herrn Reichskanzler zur Kenntnis zu überweisen.

Abg. Sonnemann versichert wiederholt, daß die größte Masse der eingeführten Trauben zur Champagnerfabrikation verwendet werde, ist aber mit dem Kommissionsantrag einverstanden und bittet nur um möglichst schleunige Erledigung der Sache im Bundesrat.

Abg. Dr. Buhl betont die absolute Notwendigkeit des Schutzes der inländischen Weinbauer und ersucht dringend, daß die verbündeten Regierungen noch in dieser Session zu einem Beschluß gelangen möchten.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Es folgt die Beratung des folgenden Antrags der Abgeordneten Grad, Dr. Karsten und von Wedell-Malchow: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die erforderlichen Maßregeln zu treffen, um einen billigeren und rascheren Bezug der Depeschen für Witterungsberichte zum praktischen Gebrauche der Landwirtschaft und Industrie im deutschen Reiche herbeizuführen."

Abg. Grad weist darauf hin, daß in Frankreich und Nordamerika Einrichtungen, die schnellere Kenntnis der Witterungsprognose den Landwirtschafts-Interessen zu übermitteln, bereits bestehen, und daß es ein leichtes sein müsse, die deutsche Seewarte in Hamburg zunächst zu einem unentgeltlichen Austausch ihrer Beobachtungen mit den südlichen, der Landwirtschaft dienenden Stationen, und dann die Postverwaltung zu einer billigeren Beförderung der Depeschen zu veranlassen. Der deutsche Landwirtschaftsrat habe einstimmig in demselben Sinne votirt. Redner schildert eingehend die Vorrichtungen des meteorologischen telegraphischen Dienstes in Nordamerika, die es ermöglichen, daß kaum zwei Stunden nach der Beobachtung die Wetterprognose in allen Teilen des Landes bekannt ist. Der Wunsch nach Einführung eines ähnlichen Witterungsdienstes für ganz Deutschland sei vielfältig von Versammlungen landwirtschaftlicher Vertretungskörper ausgesprochen worden.

Bundesbevollmächtigter Staatssekretär im Reichspostamt, Dr. Stephan: Ich nehme schon jetzt das Wort, weil ich glaube, daß meine Ausführungen zur Abkürzung der Debatten dienen werden. Wir sind gewiß alle dem Vorredner dankbar, daß er Exkurse auf das Gebiet der Meteorologie vermieden hat, so sehr er auch nach seiner interessanten Rede im elsäßischen Landesausschuß dazu berufen ist. Der Antrag hat eine ganz praktische Seite; im Gegensatz zu den Erscheinungen am Himmel handelt es sich hier um eine recht häufige Erscheinung auf der Erde: um das Bezahlen. (Heiterkeit.) Bei aller Sympathie für die Witterungskunde und bei aller Neigung, in dieser Geldsache die Gemütlichkeit nicht auszuschließen, möchte ich doch fragen: was ist das Objekt, um das es sich handelt? Wie denkt man sich die Sache, an wie viel Stellen, bei Tage oder bei Nacht, in welchem Umfange, an welche Behörden sollen die Meldungen geschehen; wie soll die ganze Organisation gestaltet sein? Hierüber wird man sich schlüssig zu machen haben, da doch der Antrag immer auf eine direkte Beisteuer aus der Reichskasse hinausläuft. In dieser Beziehung ist der Antrag eigentlich ein hysteron proteron, er hat nicht die richtige Angriffsfront gewählt. Denn die in ihm liegende Frage wird entschieden beherrscht von den Grundsätzen über das Portofreiheitswesen nach dem Gesetz vom 5. Juni 1869, das auch dem Regulativ über die Telegraphengebühren zu Grunde liegt. Hier ist unzweideutig nur die Portofreiheit für Reichsdienstangelegenheiten ausgesprochen, nach § 6 aber mit dürren Worten jede andere Freiheit aufgehoben. Dieser Grundsatz kann nicht ohne Gefahr verletzt werden; denn nehmen wir für diesen gemeinnützigen Zweck Portofreiheit, so ist gar nicht abzusehen, warum nicht für eine Myriade anderer Zwecke das Gleiche verlangt werden soll. Indes steht die Telegraphenverwaltung der Sache selbst nicht etwa unsympatisch gegenüber. Auf meine Veranlassung werden schon seit Jahren sehr genaue Beobachtungen über den Einfluß der Erdströme auf unter- und oberirdische Telegraphenleitungen angestellt, regelmäßige Berichte darüber erstattet; es werden genau erforscht die Einwirkungen der polaren Lichterscheinungen auf die Magnetnadeln der Galvanoskope, desgleichen die vulkanischen Erscheinungen, es werden allsonntäglich Messungen angestellt und die Ursachen der Strömungen zusammengestellt. Die Sympathie der Verwaltung mit der Wetterkunde steht also außer allem Zweifel. Wenn ein Antrag in dem Sinne eingebracht würde, daß die Wetterkunde auf das deutsche Reich übergehen solle, wenn dann die Regierungen zu dem Beschluß kommen sollten, solchen Dienst einzurichten und an die Telegraphenverwaltung die Aufforderung gelangen zu lassen, ihrerseits Vorschläge zu machen, dann wird es an der Verwaltung auch nicht fehlen! (Beifall.)

Nach kurzer Debatte, an welcher sich die Abgg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, Freiherr Nordeck zur Rabenau und v. Wedell-Malchow beteiligen, wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Beratung der Denkschrift über die Anordnungen welche von der preußischen und der hamburgischen Regierung auf Grund des ersten Absatzes des § 28 des Sozialistengesetzes unter dem 28. Oktober 1880 mit Genehmigung des Bundesrats getroffen worden sind, in Verbindung mit den Bemerkungen zur Uebersicht der vom Bundesrat gefaßten Entschließung des Bundesrats auf die Resolution des Reichstags, betreffend die Petition von Julius Hahn, Rudolf Tiedt und Genossen.

Abg. Auer bezeichnet die in der genannten Uebersicht gemachten Mitteilungen als unrichtig; es stände darin, daß die Sammlungen für die Frauen und Kinder der Ausgewiesenen nicht verboten seien. Thatsache sei aber, daß derartige Verbote in Altona, Chemnitz und an anderen Orten beständen. Redner geht dann auf die Handhabung des „kleinen Belagerungszustandes" ein. Das Sozialistengesetz habe kein Resultat aufzuweisen; in der Denkschrift sei selbst anerkannt, daß die Sozial-Demokratie ihre Organisation beibehalten und einen viel gefährlicheren Charakter angenommen habe. Redner lehnt namens der deutschen Sozial-Demokratie jede Verantwortung ab für die Mostschen Extravaganzen und verweist auf die auf Schloß Wyden gefaßte Resolution gegen Most. Man habe nun die Sozialdemokratie mit dem Nihilismus in Verbindung zu bringen gesucht und auf die Sympathie-Erklärung verwiesen, die auf Schloß Wyden beschlossen. Redner erklärte, daß der deutschen Sozial-Demokratie jede Bewegung sympathisch sei, deren Ziel die Befreiung des Volkes vom sozialen und politischen Druck sei; freilich sei die von den Nihilisten befolgte Taktik nicht für Deutschland geeignet. Wenn Fürst Bismarck selbst erklärt habe, daß für Frankreich die Republick die beste Regierungsform sei, könne man ihn deshalb als einen Republikaner bezeichnen? Das Ausnahmegesetz erzeuge Haß, und sei nur geeignet, den Fanatismus zu vermehren; ungeiren mache es der sozialdemokratischen Sache niemand. Redner weist ferner darauf hin, daß jetzt in Berlin viele Personen und Vereine in Sozialismus machten. Seien denn die Herren Stöcker, Ruppel und Henrici in ihrer Agitation nicht so weit gegangen, daß man sie in jedem Augenblicke auf Grund des Sozialistengesetzes ausweisen könne? Man verbünde sich, um den Juden die Kunoschaft zu entziehen, eine Maßregel, welche die Sozialdemokraten im heftigsten politischen Kampfe nicht gebilligt hätten. Redner bespricht noch das Vorgehen der Polizei gegen einzelne Personen, und führt dann aus, daß die Verhängung des Belagerungszustandes für Hamburg-Altona nicht nötig gewesen sei. Der Redner geht dann auf eine Reihe von Einzelfällen ein.

(Der Vortrag des Abg. Auer, den wir nur in ganz kurzem Auszuge wiedergeben, dauerte zwei und eine halbe Stunde; das Haus war während des letzten Teiles desselben, welcher die Aufzählung der einzelnen Fälle, in denen Redner eine illoyale Handhabung des Gesetzes erblickte, enthielt, ziemlich unruhig geworden. Während der Rede des Abgeordneten Auer — ungefähr um 1 Uhr — erschien der Reichskanzler, Fürst von Bismarck, am Tische des Bundesrats.)

Bundeskommissar Minister von Puttkamer: Meine Herren, ich fürchte, daß jetzt, nach den langen Ausführungen des Herrn Vorredners, eine gewisse Ermüdung im Hause herrscht; ich wenigstens bezweifle, daß meine körperliche Kraft hinreichen wird, der mir obliegenden Aufgabe gerecht zu werden. Die vielen Einzelthatsachen, die der Herr Vorredner anführte, werden, glaube ich, bei dem hohen Hause keinen hervorragenden Eindruck gemacht haben, auf mich aber einen bedeutenden, denn ich habe bei fast allen Aufzählungen nicht umhin gekonnt, innerlich über die unerhörte Kühnheit zu erstaunen, mit der absolute Unwahrheiten dem Hause vorgeführt wurden, um Stimmung zu machen. Ich bedauere, daß ich damit beginnen muß, einiges hier richtig zu stellen. Der Herr Vorredner scheint zu glauben, daß die Behörde von allen diesen Dingen nichts wissen würde, und daß er in der Lage wäre, Dinge ganz munter zu erzählen, die jeder thatsächlichen Grundlage entbehren. (Der Minister bespricht mehrere der vom Vorredner vorgebrachten Fälle und weist nach, daß sie sich anders verhalten, als vorgetragen sei.) Bezüglich der verbotenen Sammlungen hätten die Herren Auer und Genossen dem Hause und sich viel Zeit ersparen können, wenn sie sich einfach an die Thatsachen gehalten hätten. In der Sache selbst ist die Reichsregierung, was ihr gewiß selten paßiet, mit dem Vorredner völlig einverstanden; es ist unzulässig, Sammlungen zu verbieten, welche lediglich den Zweck haben, für die Familien der Ausgewiesenen zu sorgen. So auch der Wortlaut der berliner Polizei-Verordnung, die auch in ihrer Handhabung dieser Auffassung durchus entsprochen hat. Das irrtümliche Verbot in Altona hat die Staatsregierung in demselben Moment, wo sie davon Kenntnis erhielt, aufzuheben sich beeilt und ihre Willensmeinung durch Zirkulare sämtlichen Polizeibehörden der Monarchie kundgegeben. Es ist also in dieser Beziehung mit vollster Loyalität verfahren worden. Den Vorwurf gegen die hamburger Polizeibehörde muß ich von Amtswegen als unbegründet bezeichnen. Das Verbot lautete gegen die Sammlungen für die Ausgewiesenen und deren Familien, für die Familien allein durfte jedenfalls auch nach der Ansicht des hamburger Senats gesammelt werden. Ich möchte nunmehr auf die allgemeinen Gesichtspunkte übergehen. Das Gesetz dogmatisch hier vor Ihnen zu verteidigen, halte ich nicht für meine Aufgabe, aber ich glaube Ihnen schuldig zu sein den Beweis dafür, daß das Gesetz mit vollster Loyalität zur Anwendung gekommen ist, und den Nachweis, daß es die ernste Pflicht der verbündeten Regierungen ist, das Gesetz mit dem Nachdruck auszuführen, welcher allein seine Zwecke verwirklichen kann. Die Regierungen haben die dringendste Pflicht, Staat und Gesellschaft durch eine energische Handhabung der allerdings zweischneidigen Waffe des Gesetzes zu schützen. Vor zwei Jahren noch haben die sozial-demokratischen Abgeordneten behauptet, sie seien keine Umsturzpartei, sondern die der reinen Reform, keine atheistische Partei, keine unpatriotische Partei. Für diese Behauptungen ist jetzt der letzte Schein des Rechts fortgefallen. Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihren beiden Denominationen offiziell erklärt, „wir sind die Partei des prinzipiellen Umsturzes, wir sind die Männer des Atheismus, wir sind eine unpatriotische Partei." — Das werde ich beweisen. Die Sozialdemokratie teilt sich in zwei Fraktionen, eine ganz extreme, eine sozial-revolutionäre und eine soi-disant gemäßigte. (Heiterkeit.) Die eine ist die Fraktion Marat, die andere die Partei Robespierre. (Abg. Bebel: Stimmt nicht!) Die erstere ist vertreten durch die Herren Most und Hasselmann; die machen sich die Sache leicht, sie springen einfach dem Gegner an die Gurgel; Mord, Brand, allgemeiner Umsturz ist ihre Parole. Sie verbieten die gesetzlichen Mittel, Beteiligung an Wahlen u. dergl. und bestehen auf dem allgemeinen Weltbrand. Mit solchen Dingen kann man schwerlich auf dieser Tribüne sympathisiren, und Herr Auer hat Herrn Most mit wahrem Fanatismus von sich abgewehrt. Die Partei Robespierre geht schleichender, methodischer zu Werke. Sie ist ebenso davon überzeugt, daß nur der allgemeine Umsturz, Blut und Flammen die Welt verbessern können; aber wozu diese vielen Attentate und Mordversuche? Sie sind nicht sonderlich hübsch vom moralischen Standpunkte und auch gefährlich, deshalb wollen wir lieber erst untergraben, und wenn die Mine gründlich gebohrt, gelegt und mit Pulver gefüllt ist, dann werden wir die alte Gesellschaft in die Luft sprengen. Beide Parteien sind nur in ihrem taktischen Vorgehen verschieden. Zum Beweise, daß ich nicht übertreibe, muß ich jetzt mit einigen sehr drastischen, der Wahrheit entsprechenden Strichen ein Bild zeichnen, welches Ihnen zeigen wird, an welchem Abgrund Staat und Gesellschaft stehen. Herr Auer hat zu sagen vergessen, daß die Partei Most im Lande sehr viel einflußreicher und mächtiger ist, als die Partei Bebel-Liebknecht. (Abg. Bebel: „Das ist nicht wahr!" Heiterkeit.) Der Energischere bekommt den anderen nach kurzer Zeit immer unter. Bei der Vorführung dieser charakteristischen Aeußerungen stelle ich mich unter den doppelten Schutz meiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter und als Vertreter der Regierung; denn wenn ich diesen nicht genösse, so würde ich, wenn ich aus diesem Hause herausgehe, von der Polizei beim Kragen genommen, eingesteckt und zu langer Gefängnisstrafe verurteilt werden. (Heiterkeit.) Für alle Mitteilungen habe ich übrigens von jeder kompetenten Stelle eine Ermächtigung. Da ist zunächst das Urteil Mosts über die neuliche Bluthat in Petersburg, enthalten in der „Freiheit" vom 19. März 1881. (Der Minister verliest den Passus.) Und damit Sie sehen, daß Herr Hasselmann hinter seinem würdigen Kollegen nicht zurückbleibt, so hören Sie, was jener am 15. März in Newyork gesagt hat, Herr Hasselmann, der noch heute Reichstagsabgeordneter für Elberfeld-Barmen ist. (Der Minister teilt die vorgekommenen Vorgänge in der sozial-demokratischen Versammlung zu Newyork mit.) Ich hoffe, das Haus wird wohl noch in dieser Session mit einer Vorlage befaßt werden, welche diesen würdigen Reichstags-Abgeordneten wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung unter Anklage stellt. (Lebhaftes Bravo!) Nun sind die Versuche Auers, Most von sich abzuschütteln, ganz vergeblich. (Der Minister verliest noch einige von Most herrührende Stellen, auf deren Wiedergabe wir verzichten.) Ich komme nun zur gemäßigten Partei, die ja die eigentliche Leitung der Massen in der Hand zu haben glaubt. Das ist aber ein Irrthum. Auf dem Kongresse zu Wyden sind die Herren Liebknecht, Bebel, Auer, Fritzsche, Hasenclever, Vahlteich gewesen. Dieser Kongreß hat einstimmig eine Revision seines Programms beschlossen und das Wort „gesetzlich" als veraltet aus seinem Programm gestrichen. (Heiterkeit.) Die Herren haben sich als Internationale aufgethan, eine auswärtige Zentralverkehrsstelle in Zürich errichtet und ein vollständiges Manifest an das übrige sozial-demokratische Europa erlassen, welches das Programm der Herren Bebel und Liebknecht ist (Widerspruch des Abg. Bebel.) Der Herr Minister liest den Wortlaut des langen Aktenstücks in extenso vor, es erhellt daraus, daß die Partei ebenfalls das letzte Mittel in dem gewaltsamen Umsturze und Vernichtungskriege sieht, und daß ihr offizielles Organ der Züricher „Sozial-Demokrat" ist). Aus diesem Programm geht hervor, daß die Sozial-Demokratie, auch die gemäßigte, nur noch eine revolutionäre, auf gewaltsamen Umsturz spekulirende Partei ist. Ein Artikel des „Sozial-Demokrat" vom 20. März stellt den Mord in Petersburg so dar, als ob die Hinrichtung des russischen Tyrannen zugleich ein Strafgericht und warnendes Exempel sei. In Schlesien verbreiteten sich nicht nur in Städten, sondern auch in den ländlichen Bezirken die social-demokratischen Ideen, und ich habe meinerseits die Ueberzeugung, daß, wenn wir mit dem Gesetz nicht eingeschritten wären, wir heute in einem sehr großen Teile auch der ländlichen Bezirke Deutschlands die offenste Agitation hätten. Wer sich für den geordneten Zustand der Dinge interessirt — und das ist bei uns, glaube ich, die überwiegende Menge — der wird nicht sagen, man hätte das Gesetz nicht erlassen sollen, sondern er wird zugeben, daß es erfolgreich gewirkt hat. Zu beklagen ist, daß in diesem Augenblick noch ein großer Teil der städtischen Arbeiter im Bann der wüsten Agitation liegt. Die verbündeten Regierungen können nicht die Erfüllung aller utopischen Träume zusagen, aber sie können den Arbeitern eine volle Anteilnahme an unserem Kulturleben versprechen und ihnen hülfreiche Hand leisten gegen die Uebel, die den Arbeitern aus der gegenwärtigen Lage entstehen. Die Hoffnung erfüllt die verbündeten Regierungen, daß die Zeit kommen werde, wo wir unsere arbeitenden Mitbürger wieder an unserer Seite sehen werden, und wo sie sich aus den Banden der wüsten Agitation befreit haben werden. Wenn dieser Augenblick kommt, aber auch nicht früher, werden die verbündeten Regierungen die Waffe aus der Hand legen, die Sie ihnen in die Hand gaben, und wir werden dann die Anerkennung verlangen, daß diese Waffe loyal gebraucht worden ist. (Der Fürst Reichskanzler verläßt den Saal.)

Abg. von Kardorff führt aus, daß das Sozialistengesetz nur wirken könne, wenn die Arbeitgeber sich die Bekämpfung der Sozialdemokratie angelegen sein lassen und rechtfertigt deshalb das Verhalten des Abg. Stumm in der

---

8 Die Erbin des Herzens.

Roman von E. Bely.

(8)

„Dacht ichs doch!" rief er, „jedenfalls ein Wildschieb, Herr Oberforstmeister, ich hörte die Schüsse droben im melldorfer Revier und machte mich eilig auf, — die Wunde ist doch nicht gefährlich?"

„Nur eine Schramme, Struckmann, ein leichter Schrotschuß, der kaum streifte. Der Bella da ists schlechter bekommen, arme Kreatur! Hätten den Blick sehen sollen, den sie im Verscheiden auf mich richtete!"

Er fuhr sich über die Augen und wandte sich ab.

„Na, das hilft nun einmal nichts", setzte er nach einer Pause hinzu, „und nun denken Sie, Struckmann, damit Sie sich eine Vorstellung machen können, es wird immer besser mit der Wilderei heutzutage; natürlich, sind wieder die Ideen von Gleichheit und gleichem Recht, die sie dem dummen Volk auftischen, — hole sie der Kuckuck! — Reite langsam nach dem schwarzen Grund, habe so allerlei Gedanken, daß mir der Bursche von Wilddieb, der Roter nämlich, gar nicht mehr in den Sinn kommt. Spuren fand ich nicht, und sonderbar, es zogen einem Gedanken durch den Kopf wie der Morgenfrische, habe das jetzt zuweilen so, Struckmann, man ist kein heuriger Hase mehr, das Alter klopft doch nach und nach an die Thür, und wenn man auch noch nicht die mindeste Lust hat, herein zu sagen, es ist auf einmal ungebeten eingetreten! — Na so, ich erzählte von dem Spuk! Blitz wird unruhig, schnuppert, spürt, ich rufe ihn zurück, da raschelt es im Gebüsch. Ein Tier wars nicht, ich denke Luttermann, der Bummler ists", — der Genannte knickte zusammen wie ein gebrochener Ast, — „den ich herbestellt habe und der mal wieder seiner Gewohnheit nach zu spät kommt. Ehe ich aber den Ruf heraus habe, sehe ich einen Flintenlauf aus dem Gebüsch gerade auf mich gerichtet!"

„O Herr, o lieber Heiland!" rief Herr Johannes entsetzlich.

„Keine angenehme Ueberraschung, Struckmann", sagte der alte Herr fort. „Ungefähr auf zwanzig Schritte hin, — ich stehe im Grunde mit der Bella und der Kerl muß knieend auf der Grabenböschung gelegen haben, hatte also den Vorteil auch schon in der Stellung! Natürlich lege auch ich mich in Anschlag, rufe aber zuvor: Heraus mit Euch, — wer seid Ihr? tretet vor oder Ihr habt das Blei sofort in den Gliedern! — Hoho, schreit es zurück, ein Wildschütz, aber keiner, dem Ihr schadet! Und in demselben Augenblicke drückt er ab, — ich ebenso. Mich streift der Schuß, während das Tier die Ladung in Brust und Leib erhält. Wie das zuging, darüber denke und sinne ich die ganze Zeit nach, es muß nicht mit rechten Dingen sein, sonst hätte ich genug für alle Zeit und läge verendet im schwarzen Grunde, abgeschlossen hatte ich mit dem Leben, der Spitzbube war zu nahe und mein Schuß ging zu hoch. Fast möchte ich glauben, ein Zweig habe sich abgeschnellt, als der Hallunke zielte, und gegen die Büchse geschlagen, daß er die Richtung nicht halten konnte. Sandte ihm dann einen Schuß nach, aber er war gedeckt, und als ich nachspürte, über alle Berge. Die Bella schleppte sich noch bis hierher, war ein Elend, anzusehen, habe ihr darum den Gnadenschuß gegeben." Wieder überwältigte die Rührung den alten rauhen Forstmann, er rief den Hund an sich, welcher traurig den verendeten Gefährten, den er so oft in lustigen Sprüngen umkreist, beroch und schickte sich zum Aufbruch an. Der Waldwärter deckte das Tier mit Baumzweigen zu, glücklich, keinen schlechteren Empfang gefunden zu haben, und folgte dann den Voranschreitenden.

„Herr Oberforstmeister", rief er, indem er sich dienstfertig mit der Flinte desselben belud, „soll man nun nicht sagen, was eine Schickung heißt? Wenn mein schwaches Weib mich nicht mit in die Messe genommen hätte, so könnte ich am Ende wie das Tier dort einige Schrotstücke in meinem menschlichen Leibe haben, — es ist eine Schickung, und man muß sagen, daß auch mal ein schwächliches Weibsgebilde so was wie ein Ahnungsvermögen haben kann. Nun, es ist so besser, als wenn eine von unseren menschlichen Seelen jetzt vor dem lieben Herrn Petrus an der Himmelspforte stände und um Einlaß pochen müßte; es ist auf der irdischen Erde doch noch ganz erträglich, zumal wenn das Korn gut gerät wie in diesem Jahre und die liebe Sonne es gut meint wie jetzt mit uns armen menschlichen Kreaturgeschöpfen."

Dabei wischte er eifrig mit seinem Aermel das schweißbefeuchtete Gesicht ab.

„Ja, ja, auch an einem Strohhalm kann man sich erhängen, wenn der Teufel einen Draht hindurchzieht! Das sagt Johannes Luttermann. Meinem rothaarigen Weibe bitte ichs ab —"

Er blieb stehen, rieb sich die Stirn, sah an den Bäumen empor und setzte dann hinzu:

„Nein, nein, Johannes, thu es lieber nicht, das wäre eine unmännliche Schwäche, und sie könnte denken, sie hätte am Ende Verstand, — nein, nein, ein Weibsbild und Verstand, das ist gar keine natürliche Vereinigung."

Der Freiherr achtete nicht auf Luttermanns Bemühungen, ihn zu unterhalten, sondern schritt, dann und wann halblaut einige Worte herausstoßend, rüstig wie immer, trotz des gehabten Schreckens durch den Wald.

„Der Roter, nur der kann es sein", murmelte er, „ist eine hartnäckige Natur wie sein Alter, liegt auch in der Art, so gut wie bei unsereinem." Er fuhr mit der Hand durch den struppigen Bart. — „Ja, das sind nun schon länger als zwanzig Jahre, als sie den tot im Walde fanden, ein dummes Gerede damals, 's war die Zigeunerin, eine schöne Person, sah aus wie eine Sybille mit den losen, schwarzen Haaren und den großen, rollenden Augen. Er war ihr Pflegebruder, es mochte ihr wohl nahe gehen."

Hertha und der junge Förster gingen neben einander, sie sprachen nur dann und wann, um der Höflichkeit zu genügen, ein paar Worte zusammen. Endlich fragte Hertha:

„Wo verließen Sie die Baronin? man sollte sie vorbereiten, damit der Schreck nicht größer ist als der kleine Unfall."

„Elfriede", sagte der junge Mann wie in Selbstvergessenheit; als sein Blick dann aber den fragend auf ihn gerichteten großen Augen Herthas begegnete, zuckte ein ironisches Lächeln um seinen Mund. „Die Baronin Siebenegg hat durchaus keine schwachen Nerven, ich kann Ihnen die Versicherung geben, mein Fräulein."

„O, nicht darum", entgegnete das schöne Mädchen unbefangen, „ich möchte nicht, daß sie sich unnötig um den Vater ängstigte."

„Glauben Sie das?" fragte der Förster stehen bleibend. „O, wie glücklich Sie sind, die Welt und die Menschen noch so wenig zu kennen, daß Sie es für möglich halten, man könne in jenen sogenannten bevorzugten Kreisen noch über einen Artikel verfügen, den wir gewöhnliche Menschen Herz nennen! Die heiligsten Gefühle bei uns werden höchstens von jenen verspottet — als unnötiger Ballast über Bord geworfen!"

Hertha seufzte; woher mochte die Bitterkeit rühren, welche aus dem jungen Manne sprach? Sein Ton hatte sie eigentümlich berührt, und sie sagte nach einer kleinen Pause:

„Ich kenne wohl die Welt noch zu wenig, indessen verkennen Sie vielleicht die Menschen; die Baronin Siebenegg scheint kühl und vornehm, ohne es zu sein, wer kann wissen, warum? Möglicherweise die Folge irgend welcher Schicksale —"

„Soll ich Ihnen von denselben erzählen, mein Fräulein?" rief er mit unruhiger Hast, als müsse und wolle er bei dem jungen Mädchen jede teilnehmende Regung für Elfriede gewaltsam ersticken. „Diese sogenannten Schicksale nennt man in der Sprache jener Kreise Glück. Wissen Sie, worin dieselben bestanden: Sie hatte das Schicksal, eine — wie sagte doch Herr von Elten — eine sehr kluge Heirat zu machen und ihren alten, unermeßlich reichen Mann nach wenigen Jahren zu verlieren, um jetzt in voller Freiheit alle Vorteile genießen zu können, welche ihr Rang und ihre Stellung ihr sichern, ihre Launen erheischen. Eine solche Laune, denke ich, führte sie auch plötzlich in die Einsamkeit ihres Elternhauses zurück."

(Fortsetzung folgt.)

bekannten neunkirchener Angelegenheit. Derselbe habe nichts anderes gethan, als den Bezirk davor zu schützen gesucht, daß der kleine Belagerungszustand verhängt zu werden brauche. Vor allem sei auch zu berücksichtigen, was Herr Stumm in der materiellen Fürsorge für die Arbeiter geleistet. Solche Leistungen könnten Richter und Rickert nicht aufweisen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen vertagt sich das Haus bis Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte. Gesetz, betreffend die Unterstützung Hinterbliebener von Reichsbeamten. Unfallversicherungsgesetz. Schluß 4¾ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 30. März. [Tagesbericht.] Der Kaiser, der Kronprinz, der Großherzog von Baden und Prinz Friedrich Karl begaben sich vormittags nach Potsdam und nahmen die Kompagnievorstellung des ersten Garde-Regiments entgegen; dann folgten sie der Einladung des Offizierkorps zum Dejeuner. Die Kaiserin und die Großherzogin von Baden besuchten die Prinzessin Wilhelm. — Die „Prov.-Korresp." schreibt: „Für die nächste Zeit ist ein Frühjahrsaufenthalt des Kaisers in Wiesbaden in Aussicht genommen, doch darüber noch keine feste Bestimmung getroffen." — Der bereits in zweiter Lesung angenommene Gesetzentwurf, betreffend die Küstenfrachtfahrt, war wegen des Einganges einer Anzahl von neuen Petitionen der betreffenden Kommission nochmals überwiesen worden. Dieselbe hat heute beschlossen, die Petitionen einfach durch die Plenarbeschlüsse zu der Vorlage für erledigt zu erachten. — Auf der gestrigen Parlamentssoiree beim Fürsten Bismarck hatte derselbe sich auch eine Zeit lang mit dem Abg. v. Franckenstein in eine „gesonderte Unterhaltung" eingelassen. Daraus hat man allerlei Vermutungen geschöpft. Dem gegenüber bemerkt heute die „Germania:" „Die Unterredung bewegte sich um Gegenstände, die mit der kirchenpolitischen Frage in keinem Zusammenhange stehen. Wir halten es, um Kombinationen nach dieser Richtung vorzubeugen, für angezeigt, dies ausdrücklich festzustellen." — Die „Provinzial-Korrespondenz" bringt heute einen Artikel mit der Ueberschrift: „Ein Schritt zur Regelung der kirchlichen Verhältnisse", welcher zunächst die Vorgänge in Paderborn und Osnabrück darstellt, sowie die Bestimmungen des kirchenpolitischen Gesetzes vom Juli 1880, auf Grund deren sie erfolgt sind, mitteilt. Der Artikel fährt dann fort: „Neuerdings haben nun zunächst die Kapitel von Paderborn und Osnabrück den Boden des Juligesetzes betreten und Kapitelsverweser vorgeschlagen. Die Persönlichkeiten der beiden gewählten Bistumsverweser boten nach deren ganzem Vorleben die Bürgschaft, daß dieselben das bischöfliche Amt in einem versöhnlichen Geiste führen würden. Diese Bürgschaft war für die Regierung allein maßgebend bei der Entscheidung für die Anwendung der ihr vom Landtag übertragenen Vollmachten. Die Staatsregierung hat hiermit auf dem Wege der Thatsachen der Wiederkehr friedlicher Verhältnisse die Bahn geebnet, sie hat ihrerseits ihre Friedensliebe und ihre Fürsorge für die katholischen Mitbürger nicht nur in Worten, sondern auch in unzweideutigen Thaten bekundet. Der Friede ist freilich damit noch nicht erreicht, wohl aber ein thatsächlicher Anfang dazu gemacht." — Ueber die Wahl von Bistumsverwesern schreibt die „Kreuzzeitung": „Seitdem die Wahl von Kapitularverwesern durch die Domkapitel in zwei Diözesen erfolgt ist, und insbesondere seitdem diese Wahlen durch die staatlichen Organe genehmigt sind, hören die dem Zentrum nahestehenden Zeitungen nicht auf, darauf hinzuweisen, daß die Wahl dem Kultusminister, nicht aber den Oberpräsidenten, wie es das Gesetz vom Juli 1889 und die Maigesetze vorschreiben, durch die betreffenden Domkapitel angezeigt worden wäre. Abgesehen von anderen inneren Mängeln an diesem Hinweise, ist auch diese Angabe thatsächlich nicht richtig. Die Domkapitel zu Paderborn und Osnabrück haben nämlich dem Vernehmen nach von der Anmeldung der vollzogenen Wahl bei dem Kultusminister auch eine Abschrift an die bezüglichen Oberpräsidenten gesandt, allerdings ohne irgend eine weitere Mitteilung. Damit wäre aber formell der Anzeigepflicht genügt. Hinsichtlich der Bistumsverweser ist die Anmeldung bei dem Kultusminister nichts neues, sondern ein althergebrachter Brauch. Was die neuerdings vollzogene Wahl des Domkapitels in Trier anlangt, so erfährt man, daß dieselbe ganz spontan vor sich gegangen ist. Die auf den Generalvikar de Lorenzi gefallene Wahl scheint hier nicht allzu angenehm zu berühren; denn der Gewählte gehört zu der strengeren Richtung der Kleriker, die sich von der Regierung am weitesten entfernt hatten. Sollte der neue Kapitularverweser in Trier sich zu den Wünschen der Regierung ganz ebenso verhalten, wie die eben eingesetzten Bistumsvikare in Paderborn und Osnabrück, so könnte man daraus den Schluß ziehen, daß die Stimmung innerhalb der römischen Kirche eine dem Frieden günstige ist."

M **Berlin,** 30. März. [Die Mächte des weiland Dreikaiserbundes.] Allerdings haben die persönlichen Beziehungen der großen Dynastie nicht mehr die bestimmende Bedeutung, wie in jenen Zeiten, als jeder Herrscher sagen konnte: der Staat bin ich! Aber trotzdem wurde nicht mit Unrecht darauf Wert gelegt, daß unser Kronprinz mit dem Könige von Italien eine herzliche Freundschaft unterhält und einige Blätter betonten noch mit Vorliebe, daß unser Prinz Wilhelm und der Kronprinz Rudolf von Oesterreich viel Sympatie für einander empfänden. Wenn nun gemeldet wird, daß unser Kronprinz bei seiner Anwesenheit am russischen Hofe ein vollständiges Einvernehmen hergestellt hat, so ist das ein Ereignis von größerer Tragweite, da der Kaiser von Rußland vorläufig und vermutlich noch für lange Zeit der absolute Herr und die selbstbestimmende Macht seines Reiches ist. An der Wahrscheinlichkeit der Herstellung der persönlichen Beziehungen ist auch in keiner Art zu zweifeln, denn es gibt kaum zwei Fürsten, die nach dem, wie der Kaiser von Rußland geschildert wird und wie wir unseren Kronprinzen kennen, mehr geeignet wären, sich gegenseitig anzuziehen. Auf den offenen Charakter des Czaren konnte das gewinnende Wesen und die ritterliche Erscheinung des Kronprinzen unmöglich ihren Eindruck verfehlen und wenigstens das wird als Thatsache zu betrachten sein, daß die Befürchtungeu, die sich an den Panslavismus und Deutschenhaß des neuen Kaisers knüpften, alle Berechtigung verloren haben. Es wird auch nur wenige geben, die sich dieses Umschwungs nicht aufrichtig freuen sollten. Wie geringe Sympathien für das Russentum an sich auch in Deutschland und namentlich in den Ostprovinzen vorhanden sein mögen, eine direkte Feindseligkeit konnte niemand wünschen, im Gegenteil mußte jeder Unbefangene sich sagen, daß beide Länder, unbeschadet der Verschiedenartigkeit ihrer inneren Entwickelung, in Fragen der großen europäischen Politik sehr wohl zusammengehen, resp. sich Deckung leisten könnten. Dazu kommt, daß Frankreich, dem kein vernünftiger Mensch den freiwilligen Verzicht auf seine Revanche zutrauen wird, gar zu liebedienerisch und selbst auf Kosten seines republikanischen Prestige um die Gunst des neuen Czaren sich bewarb. Eine französisch-russische Allianz hätte doch ihre Unbequemlichkeiten gehabt und Fürst Bismarck selbst wird wohl nicht sehr lüstern sein, die Treue Oesterreichs, des neugewonnenen Alliirten, auf die entscheidende Probe zu stellen. Aber gerade dieses Oesterreich ist es, das bei dem Umschwung, der sich in Oesterreich vollzog, am meisten interessirt ist, dieses Oesterreich, das wunderbarerweise fast mit demselben Atemzuge, in dem das Bündnis mit Deutschland abgeschlossen wurde, die Deutschenhetze entfesselte, die „viribus unitis" von den Ungarn, Czechen und Polen in schamlosester Art betrieben wird. Der Bund mit Oesterreich entsprang der Besorgnis vor den Folgen der Verstimmung, die Rußland gegen uns hegte und die wieder hervorgerufen war durch die freundnachbarlichen Dienste, die den österreichischen Interessen in der orientalischen Frage geleistet worden waren. Existirt die Verstimmung Rußlands gegen Deutschland nicht mehr, so sind die Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich trotz des Bundes freiere geworden. Es käme vielleicht auf den Versuch an, das Dreikaiserbündnis wieder herzustellen, aber für den Fall, daß der orientalische Antagonismus Rußlands und Oesterreichs diese Lösung ausschlösse, wäre Oesterreich seinem deutschen Alliirten gegenüber wieder der werbende Teil geworden, also der, welcher Beweise zu liefern hätte, daß die Aufrechterhaltung der alten Freundschaft als besonders wertvoll angesehen werde. Dieser Fall scheint eingetreten. Rußland kann in dem Oesterreich, in welchem gegenwärtig seine Feinde, die Ungarn und Polen, die tonangebende Rolle spielen, ebensowenig eine allianzfähige Macht erblicken, als Deutschland in der Deutschenhetze eine Garantie der Aufrichtigkeit jener guten Beziehungen, die traktatmäßig vorausgesetzt werden müßten. Die natürliche Konsequenz einer Herstellung des herzlichen Einvernehmens zwischen Berlin und Petersburg müßte also für Wien darin bestehen, daß man, um einer Isolirung zuvorzukommen, dem Ministerium Taafe den Laufpaß gäbe, um ein Ministerium aus den Reihen der Verfassungspartei zu bilden, das freilich mit einer Auflösung des Abgeordnetenhauses debütiren und den Appell an das Land wagen müßte, in welchem vielleicht doch ein Verständnis aufgedämmert ist, wohin die feudal-klerikale Wirtschaft notwendig führen muß, nämlich zum politischen und wirtschaftlichen Ruin, zum Aufgeben der Staatsidee und zur Machtlosigkeit nach außen. Fürst Bismarck müßte nicht der großartige Staatsmann sein, als der er in Europa sich Geltung verschafft hat, wenn er nicht im Stande sein sollte, von der veränderten Situation zu profitiren, um einen Druck auszuüben, durch welchen das Ministerium Taafe bei Seite geschoben werden würde. Es kommt nur darauf an, ob er will.

* **Köln,** 28. März. [Unser Kronprinz.] Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Petersburg vom 28. d. gemeldet: Se. k. k. Hoheit der deutsche Kronprinz empfing heute eine Deputation der Deutschen aus Moskau und sagte zu derselben: „Ich hätte freilich gewünscht, daß die Veranlassung Meiner Reise eine fröhlichere gewesen wäre, als die, dem armen Kaiser die letzte Ehre zu erweisen. Sie können sich wohl denken, welchen Eindruck das Verbrechen auf Meinen Vater und Mich hervorgerufen hat. Aber ich gestehe, es war Mir sehr lieb, daß Mein Vater Mich hierher schickte. Ich habe persönlich stets die intimsten Beziehungen zu dem jetzigen Kaiser unterhalten. Nun aber können Sie Ihren Landsleuten in Moskau sagen, daß die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten Traditionen geworden sind und fernerhin fortbestehen werden und daß die Freundschaft der heutigen Generation ebenso dauerhaft sein wird, wie die der alten. Und diese Freundschaft ist nicht nur für die beiden Nachbarstaaten, sondern für den Frieden von ganz Europa wichtig."

* **Köln,** 29. März. [Die griechische Frage.] Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Athen vom 28. d. gemeldet: Von ganz zuverlässiger Seite wird mitgeteilt, daß der englische Gesandte im Auftrage seiner Regierung die amtliche Erklärung abgegeben hat, England werde sich in der griechischen Frage nicht von den übrigen europäischen Mächten trennen. Die von Tricupis in der Kammer gethane Aeußerung, Griechenland sei im Falle eines Krieges der Unterstützung Englands sicher, erweist sich demnach als hinfällig.

* **Hamburg,** 29. März. [Die Zollanschluß-Angelegenheit.] Der Bürgerschaft wird morgen seitens des Senats ein Antrag zugehen auf Einsetzung einer gemischten, aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft bestehenden Kommission zu vertraulichen Beratungen über die in der Zollanschluß-Angelegenheit zu treffenden Maßregeln.

Ausland.

* **Zürich,** 29. März. [Die „Neue züricher Zeitung"] weist energisch die Behauptung der petersburger „Agence Russe" zurück, daß die Schweiz kein eigenes Existenzrecht habe und nur durch die Vereinbarungen der Großmächte fortlebe. Das Blatt erinnert an die Zeit nach dem Sonderbundskrieg, wo Rußland die Beziehungen zu der Schweiz abbrach und sie schließlich nach einigen Jahren ohne Zuthun der Schweiz wieder aufnahm. Zum Schluß weist die Zeitung auf die Thatsache hin, daß bald nach den Drohungen der Großmächte gegen die Schweiz im Frühjahre 1848 Revolutionen in Paris, Wien und Berlin ausbrachen.

* **London,** 28. März. [Unterhaus.] Unterstaatssekretär Dilke erklärte, er habe guten Grund zu glauben, daß die christliche Bevölkerung des Gebietes, dessen Abtretung an Griechenland in Berlin vorgeschlagen sei, ⅔ der gesamten Bevölkerung und in Thessalien noch weit mehr ausmache und daß dieselbe einstimmig für die Annexion sei. Er hoffe, die Muselmänner, welche etwa unter griechische Herrschaft kämen, würden größere Sicherheit der Person und des Eigentums haben, als dies bisher der Fall gewesen; außerdem würden sie hinreichende Garantien für ihre Religion und ihre bürgerlichen und politischen Rechte erhalten, welche der Botschafter Russell in der fünften Sitzung der Konferenz stipulirte. Das Unterhaus nahm im Fortgange der Sitzung in zweiter Lesung die Heeresdisziplinbill, durch welche die Prügelstrafe abgeschafft wird, ohne Abstimmung an.

* **London,** 29. März. [Most.] Der „Standard" erfährt, die englische Regierung sei formell ersucht worden, gegen den deutschen Sozialdemokraten Most wegen des in der „Freiheit" enthaltenen Artikels über die Ermordung des russischen Kaisers die gerichtliche Verfolgung einleiten zu lassen und hält es für sehr wahrscheinlich, daß die Regierung dem Gesuche stattgeben werde. Es gebe dafür einen Präzedenzfall. Wenn in der beleidigendsten und verabscheuungswürdigsten Weise ganz offen die Doktrin gepredigt werde, daß die Tötung gewisser, namentlich genannter Könige und Fürsten kein Mord sei, hätten die Länder, deren Herrscher in dieser Weise mit dem Tode bedroht würden, ein Recht, dagegen zu protestiren, und diesem Proteste müsse Gehör gegeben werden. England dürfe sich nicht dem Vorwurfe aussetzen, daß es ein Tummelplatz für die internationalen Verbrecher sei.

* **Petersburg,** 29. März. [Das „Journal de St. Petersbourg"] bespricht die Proklamirung Rumäniens zum Königreich und schreibt: Die aufrichtigsten Wünsche Rußlands bleiben Rumänien in seiner neuen Existenz gesichert. Wie es aber keine Rechte gibt ohne entsprechende Pflichten, so darf man wohl hoffen, daß die rumänische Regierung sich mehr und mehr von der Verpflichtung durchdringen lassen wird, als ein nützliches und thätiges Mitglied der großen konservativen Familie zu erscheinen, welche man das monarchische Europa nennt und daß sie alles aufbieten wird, was von ihr abhängt, um zu verhindern, daß das rumänische Gebiet irgend einer Fraktion jener internationalen Bande, welche die Sicherheit der Throne und das Glück der Nationen bedroht, zum Asyle diene. — Das Journal bespricht sodann das Verhalten der republikanischen Presse in Paris, welche, wie der „Temps" und die „République française", ohne die Idee einer gemeinsamen Aktion der konservativen Mächte gegen die anarchischen Bestrebungen an und für sich zu bekämpfen, sich von Berlin Telegramme senden läßt, in denen behauptet wird, daß diese Idee von der liberalen deutschen Presse zurückgewiesen werde, da sie geeignet sei, den Fanatismus, den man unterdrücken will, noch mehr zu erregen. Das „Journal de St. Petersbourg" meint, wenn es gewissen Blättern gefällt, zu erklären, daß ihre liberalen Ideen unter jedem Angriffe leiden würden, den man gegen diese mörderische Industrie richten könnte, so beneiden wir sie wegen dieses Liberalismus nicht; die Regierungen haben in dieser Beziehung eine andere Anschauung und so liberal sie auch sein mögen, so weist sie doch ihre Solidarität in eine andere Richtung.

* **Petersburg,** 29. März. [Graf Schuwalow.] Wie es heißt, ist Graf Schuwalow, welcher sich demnächst in außerordentlicher Mission nach Wien begibt, vom Kaiser eingeladen worden, in der wiener Hofburg Absteigequartier zu nehmen.

* **Petersburg,** 30. März. [Die „Agence Russe"] kommt auf den gegen sie gerichteten Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung" zurück und erklärt, dieselbe habe die Bemerkungen der „Agence Russe" schlecht wiedergegeben. Auch sei es wenig geschickt, wenn die „Neue Zürcher Zeitung" meine, daß das Resultat der Drohungen der Mächte gegen die Schweiz im Jahre 1848 die Revolutionen in Paris, Wien und Berlin gewesen seien. Das kaiserliche Kabinett habe bei der Schweiz keinerlei Vorstellungen erhoben. Der diesseitige Gesandte in Bern, v. Hamburger, würde auf seinen Posten zurückkehren. Die im gemeinsamen Interesse wünschenswerten Arrangements müßten infolge eines allgemeinen Einvernehmens sein. — Die „Agence" tritt ferner der Nachricht entgegen, daß die fremden Fürstlichkeiten hier unter dem Vorsitze des Prinzen von Wales zusammengetreten seien, um über die Grundlagen einer Konvention betreffend die Auslieferung politischer Verbrecher zu beraten. Ebenso unrichtig sei es, daß die Botschafter Fürst Orlow, Fürst Lobanow und von Saburow und der Gesandte von Hamburger zu gleichem Zwecke hierher gekommen seien. Der einzige Grund der Ankunft der fremden Fürstlichkeiten und der russischen Botschafter seien die Beisetzungsfeierlichkeiten gewesen. — Der Papst hat einen eigenhändigen sehr sympathischen Brief an den Kaiser gerichtet. — Die demnächstige Demission des Admirals Popow wird für wahrscheinlich gehalten. — Die Krankheit des Staatssekretärs Pobedonoscew scheint einen bedenklicheren Verlauf zu nehmen. — Die in Aussicht genommene Ausstellung in Moskau wird, wie ursprünglich bestimmt war, im Frühjahre stattfinden.

Provinzielles.

***Dortmund,** 31. März. [Ausstellung von Handarbeiten.] Herr Rektor Dietlein hat für Donnerstag, nachmittags von 2—5 Uhr und Freitag, vormittags von 9—12 Uhr, eine Ausstellung der Handarbeiten sämtlicher Schülerinnen der evangelischen Gesamtschule im Konferenzzimmer der Marienschule veranlaßt. Hoffentlich werden sich viele Eltern und Schulfreunde, besonders die Mütter, diese interessante Ausstellung ansehen.

[Die Rede unseres Abg. Herrn Dr. W. Löwe,] welche derselbe in der letzten Steuer-Debatte hielt, war in unserer Parlaments-Korrespondenz so stiefmütterlich behandelt, daß der Sinn entstellt war. Wir geben daher hier den etwas ausführlicheren Bericht der „K. Ztg.": M. H.! Nach dem Eindruck, den mir die Diskussion bisher gemacht hat, scheint mir im Hause eine viel größere Uebereinstimmung der Ansichten zu herrschen, als man bisher annehmen konnte. Wir machen ja neben der Schweiz und Amerika das kühne, ich möchte sagen verwegene Experiment, einen monarchischen Föderativstaat zu haben, in dem die einzelnen Staaten Monarchien sind. Weil darin eine gewisse Schwäche liegt, weil wir diese Schwäche in allen Bestimmungen unserer Verfassung durchblicken sehen, da haben wir das große Interesse, das Reich durch seine Einnahmen so zu stellen, daß es nicht bloß seine Bedürfnisse selbst direkt, sondern daß es, wie der frühere Zollverein, den einzelnen Staaten etwas gewähren kann. Daß nun die einzelnen Staaten den Kommunen auch etwas geben können, daß wir den Kommunen etwas geben, scheint mir sehr notwendig, wenn man sie nicht wieder zu neuen indirekten Steuern treiben will. Der Reichskanzler glaubt, daß die Mahl- und Schlachtsteuer sehr zur Unzeit abgeschafft ist. Aber wenn man das Gute hat, so denkt man nicht mehr daran, wie das Schlechte früher gewesen ist. Die Mahl- und Schlachtsteuer war nicht bloß eine Steuer auf Nahrungsmittel, sondern eine Barriere des freien Verkehrs, dabei mit großen Erhebungskosten verbunden. Außerdem war die Mahl- und Schlachtsteuer die Pepiniere für das Zuchthaus, indem dadurch die Kinder der ärmeren Klassen zum Schmuggel angehalten wurden. Was will dagegen eine Grenzsteuer sagen von einem Artikel, der gar nicht in erheblicher Quantität geschmuggelt werden kann? Redner führt sodann aus, daß die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer auch auf die Fleisch- und Brodpreise mindernd eingewirkt habe. Wenn die Preise seit der Aufhebung gestiegen seien, so habe dies an anderen Ursachen, z. B. der Einführung der Goldwährung gelegen. Was nun die Erleichterung der direkten Steuern betrifft, fährt Redner fort, so glaube ich, keine Klasse unserer Bevölkerung wird durch die direkten Steuern empfindlicher getroffen, als gerade der kleine Grunddbesitzer. Die Auswanderer gehen ihrer großen Mehrheit nach aus dem Landvolk hervor, und wenn man sagt, die Leute mögen besser wirtschaften, so hoffe ich ja auch, sie werden bessere Wirtschaft lernen. Aber denken wir doch daran, daß wir aus diesen Kreisen die Grundlage unserer Macht, die Masse der Armee gewinnen und daß gerade die jetzt auf dem Lande vielfach noch herrschenden einfach patriarchalischen Verhältnisse jene Grundlage der Macht am besten wahren. Andernfalls würde unsere Bevölkerung auf dem Lande in den östlichen Provinzen vielfach dem Flugsand gleichen, der immer durch den Wind von der Scholle fortgeweht wird. Ich habe mich darum auch sehr gefreut, daß der Herr Reichskanzler ein Interesse daran hat, kleine Grundbesitzer zu haben. Es ist ein Grund gegen die Wehrsteuer, daß sie das platte Land am meisten trifft, namentlich seit auch die Ersatzreservisten zum Dienst herangezogen werden, seit unsere Reserve eine Milizmacht geworden ist. Was die Brausteuer betrifft, so bin ja auch ich ein Gegner der Bierbummelei, aber verkenne auch nicht die großen Vorteile, die uns das Eintreten des Bieres für den Branntwein gebracht hat. In der Charitee lagen noch vor 40 Jahren ganze Säle voll von Menschen mit Delirium tremens und die Stadt hatte dabei nur den dritten Teil ihrer jetzigen Bevölkerung. Merkwürdig ist es, daß uns in der Biersteuer-Vorlage ein Gesetz vorgelegt wird, welches indirekt den Branntweingenuß fördert, während uns gleichzeitig ein Gesetz gegen die Trunksucht vorgelegt wird. Ich bedauere deshalb, für die Biersteuer nicht stimmen zu können, wenn ich auch gern einem Verbot der Surrogate zum Bier in einem Steuergesetz zustimmen würde. Ueber das Reichs-Stempelgesetz läßt sich ja sprechen. Es mag dies ganz wohl im Sinne einer ausgleichenden Gerechtigkeit liegen. Im ganzen liegt kein Moment vor, auf die neuen Steuern einzugehen. Wir haben noch nicht die Wirkungen der früheren Steuern erfahren und können namentlich bei so zweifelhaften Objekten wie Wehr- und Brausteuer noch warten. Ich halte es für notwendig, aus den indirekten Steuern eine Erleichterung der direkten zu schaffen, namentlich zu gunsten der kleinen ländlichen Besitzer, aber ich kann nicht für das Wahlprogramm des Reichskanzlers, also Unfall-Versicherung, Invaliden-Versicherung, Armen-Versicherung u. s. w., eintreten. Dies zu erklären, glaube ich der Mehrheit schuldig zu sein. (Beifall.)

J [Gemälde-Ausstellung.] Die Ausstellung wird am Sonntag zu letzten male geöffnet sein, wir machen deshalb hier nochmals darauf aufmerksam, daß dieselbe für jedermann geöffnet ist. An neu ausgestellten Bildern haben wir zu notiren: Bilder von Chr. Kröner (Düsseldorf), Berth. Genzmer (Berlin), Geleng (Taormina), Fay (Düsseldorf), Jungheim (Düsseldorf). Außerdem hat am Sonnabend eine Umhängung in größerem Maßstabe stattgefunden, wodurch viele Bilder bedeutend günstigere Plätze bekommen haben. Alle diejenigen, denen die Wiederholung einer solchen Ausstellung am Herzen liegt, mögen nicht versäumen, sich als Mitglieder des „Westfälischen Kunstvereins" an der Kasse einzuzeichnen (jährlicher Beitrag nur 6 ℳ, wofür Teilnahme an der Verlosung und ein Nietenblatt gewährt wird). Auch die Beteiligung an der Lokalverlosung (Lose à 1 ℳ an der Kasse und den bekannten Stellen) wird im Interesse der guten Beschickung der nächsten Ausstellung in Erinnerung gebracht.

W [Mit der Kunstmedaille der wiener Weltausstellung 1873 geziert] ist ein Bild von R. von Poschinger, Herbstabend. Diese Auszeichnung verdankt dasselbe unstreitig vor allem der meisterhaften Technik, dem Raffinement, womit hier scheinbar die einfachsten Mittel verwandt sind, um einen überraschenden Effekt hervorzubringen. Zu einem vollendeten Kunstwerke ist aber auch erforderlich, daß es dem Gemüte etwas bietet. Auch diese Eigenschaft besitzt das Bild. Wer freilich noch nie in einem Herbstabende, bei den letzten Nachklängen der entschwundenen schönen Jahreszeit in einem Walde gewesen ist, nie die andächtige Wehmut in der stillen Natur beim verglimmenden Abendrot empfunden hat, dem ist das Bild unverständlich und den wird es kalt lassen. — Durch eine meisterhafte Kompositon zeichnet sich das Bild von Jos. Fay aus, welches uns einen Springbrunnen bei Frascati, der reizend gelegenen Stadt in der Nähe des alten Tusculum, zeigt. Es ist Hochsommer; eine reizende Gruppe von italienischen Mädchen, Kindern und Reisenden umgeben den labende Frische spendenden Brunnen. Der Blick schweift von der Terasse, auf welcher sich die Gruppe befindet, über die Campagna di Roma, wo man die hochragende Kuppel von St. Peter wahrnimmt. Das ganze ist von einem warmen Licht durchglüht und giebt ein herrliches Bild jener südlichen Gegend. Jos. Fay, der als Historien- und Genremaler einen Namen hat, wurde geboren zu Köln den 10. August 1813, bildete sich in Düsseldorf aus, lebte fünf Jahre zu Paris, dann wieder in Düsseldorf, wo er in hohem Ansehen 1875 starb, betrauert von den Mitgliedern der Künstlergesellschaft Malkasten, deren Seele er war. Die beiden genannten Bilder, welche erst in den letzten Tagen zur Ausstellung gelangten, sind im Privatbesitz hiesiger Familien und legen Zeugnis dafür ab, daß es auch hier Leute giebt, welche die Kunst zu schätzen wissen. Es ist erfreulich, daß bei Gelegenheit der Ausstellung solche Kunstschätze, von deren Vorhandensein mancher keine Ahnung hatte, ans Licht kommen und jedem zugänglich gemacht werden.

* [Die besten Frühlingsboten, die Schwalben], sind bereits zurückgekehrt, gestern wurden in der Nähe der Stadt welche bemerkt.

† [Märkische Knappschaftskasse.] Es geht uns die erfreuliche Mitteilung zu, daß die märkische Knappschaftskasse im verflossen Rechnungsjahre einen Ueberschuß von über 100 000 ℳ hat, ohne Berücksichtigung der Strafgelder hat.

† [Der Verein für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund] wird am 7. April in Essen eine Versammlung abhalten, um über das Arbeiter-Versicherungsgesetz zu beraten.

* [Verhaftung.] Ziemlich erhebliches Aufsehen macht hier die gestern erfolgte Verhaftung des früheren Inhabers der Kaiser-Wilhelmshütte bei Castrop und jetzigen Agenten Riesenstahl von hier. Wie wir erfahren, wird Riesenstahl des Betruges beschuldigt.

* [Der Butterhändler Wilhelm Saure] von hier, welcher kürzlich von der Strafkammer wegen Butterfälschung zu einer hohen Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt wurde, hatte sich gestern vor dem dem Schöffengerichte wegen Arrestbruchs zu verantworten. Im November vorigen Jahres hatte Herr Chemiker Dr. Kayser in Gemeinschaft mit Herrn Polizeikommissar Meyer die Buttervorräte des Saure revidirt und war ihm dabei aufgegeben worden nicht über 57 Wellen Butter zu verfügen, ehe er dazu Erlaubnis von der Polizei erhielte; Saure hatte diese Weisung aber nicht folge geleistet und wurde er dieserhalb zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

†† [Im Stadttheater] trat gestern Abend Frau Anna Schramm zum fünftenmale auf, und zwar wurde die vieraktige Posse: „Die Näherin" von Held und Jacobson gegeben. Das Stück ist eine höchst mittelmäßige Arbeit, die wohl einem Teile des berliner Theaterpublikums gefallen mag, an Provinzialbühnen wird es aber stets verurteilt werden. Nur dadurch, daß eben Anna Schramm darin auftritt, wird es einigermaßen interessant. Die verehrte Gastin erntete auch gestern wieder reichen Beifall für ihr unübertreffliches Spiel, auch spendete ein Verehrer der launigen Muse ihr ein Bouquett. Herr Amberg spielte gleichfalls vortrefflich, er hatte sogar einige der Jetztzeit angemessene Verse fabrizirt — Der Besuch war übrigens sehr mittelmäßig, was nicht wunder nehmen kann, da dieses fünfte Gastspiel wiederum außer Abonnement stattfand. Was ist in diesem Monat den Abonnenten denn geboten worden? Fast nichts wie Gastspiele bei aufgehobenem Abonnement.

* [Zirkus Corty.] Das war eine lustige Gesellschaft, welche sich gestern nachmittag im Zirkus Corty eingefunden, das war ein Lachen, das war ein Jubeln über die Leistungen der Gesellschaft. Es fand nämlich eine Vorstellung für Kinder statt, die recht zahlreich besucht war, auch von Erwachsenen. Da in den Nachmittags-Vorstellungen dasselbe geboten wird, wie abends, so eignen sich dieselben ganz besonders zum Besuche für Auswärtige.

† [Kommunalsteuerzettel] Wie wir vernehmen ist von seiten des Herrn Bürgermeister Arnecke Fürsorge getroffen daß die Kommunalsteuerzettel gleich zu Beginn des Steuerjahres, also anfangs April herumgetragen werden. Es ist diese Einrichtung außerordentlich angenehm, denn mancher hat es bitter empfunden, wenn er in früheren Jahren lang auf den Steuerzettel warten und dann für zwei oder drei Monate auf einmal bezahlen mußte.

† [Katholische Kirchensteuer.] Der Vorsitzende des katholischen Kirchenvorstandes war so freundlich, uns mitzuteilen, daß glücklicherweise trotz des Kirchenbaues für das Jahr 1882/83 die Kirchensteuer nicht erhöht zu werden braucht, sondern daß man im Gegenteil das Defizit im Kirchengemeinde-Etat mit 25 Proz. im genannten Jahre wird decken können.

—n [Haackert und Pape.] Wir veröffentlichten am Montag ein Schreiben, welches die „Tribüne" vom Herrn Betriebsführer Haackert und Herrn Steiger Pape aus Bochum erhielt, und in welchem dem Reichstagsabgeordneten für Bochum, Herrn Dr. W. Löwe, leichtfertige Vorwürfe gemacht wurden, weil er in der Reichstags-Sitzung vom 16. d. M. die Lohn- und Lebensmittelverhältnisse in unserer Industriegegend als prosperirend geschildert, während die genannten Herren behaupteten, daß die Gedinge- und Schichtlohnsätze noch auf demselben Niveau ständen, wie früher — Dem ließe sich schon gleich entgegenstellen, daß unter dem beglückenden Freihandelssysteme gerade im bochumer Kreise auch den besten Zechen so viel Feier-Schichten waren und daß diese so rapide zunahmen, daß [illegible] Bergleute sich jetzt doch um erhebliches besser stehen dürften, wenn auch leider die Löhne noch nicht gestiegen sind. Unter früheren Verhältnissen wurde die Arbeit und damit der Verdienst stetig geringer, und heute müssen die oben genannten Herren selbst zugeben, daß die Förderungen stiegen geworden sind. — Es ließe sich noch manches auf den gemessen Brief sagen, doch da die Herren mit der billigen Redewendung „beauftragt von vielen Bergleuten" Herr Dr. Löwe androhten, er werde nicht wiedergewählt, so zog wir, ehe wir uns mit dem Briefe beschäftigten, in Bochum bei einem unserer Freunde, der in der Lage ist, derartige wissen zu müssen, Erkundigungen ein und diese ergaben folgendes überraschendes Resultat: „Von vielen Fachgenossen aus allen Windrosen des Kreises", schreibt unser Gewährsmann, „wobei ich mich erkundigt habe, kennt keiner Namen H. und P. Im Harzgebirge soll noch andern Haackert als Obersteiger fungiren, aber nicht hier." — Wir wird es uns nach diesem wohl nicht verargen, wenn derartige „epistolae obscurorum virorum" als das nehmen, was sie sind: w rtlos.